



Timo Müller
Fraktion Idstein
Grunerstraße 5
65510 Idstein
timo.mueller.idstein@t-online.de

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Thomas Zarda
Rathaus
65510 Idstein

07.11.2020

Antrag: Vorbereitung zur Einrichtung eines Jugendparlamentes oder -beirats

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept für die Einrichtung eines Idsteiner Jugendparlamentes vorzulegen, das die Vor- und Nachteile der möglichen Modelle und ihre jeweiligen Erfordernisse seitens der Stadt (Kosten, ggf. Personalbedarf) darlegt und der Stadtverordnetenversammlung eines oder eine Auswahl dieser Modelle zur Umsetzung vorschlägt. Ein weiterer Fokus sollte auf der regelhaften Beteiligung einer Kinder- und Jugendvertretung am Beratungs- und Entscheidungsprozess der kommunalpolitischen Gremien liegen.
2. als Alternative in dem Konzept Möglichkeiten für die Einrichtung eines Jugendbeirats aufzuzeigen. Dabei ist von einer Einbindung bereits bestehender Gremien, Strukturen und Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen (z.B. Schülervertretungen der Idsteiner Schulen, Beiräte/Gremien der selbstverwalteten Jugendzentren und -clubs) auszugehen, die bewirkt, dass eine langfristige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesichert ist.
3. den Bedarf bzw. Wunsch nach einer solchen eigenständigen Vertretung (Parlament oder Beirat) bei den Idsteiner Kindern und Jugendlichen abzufragen. Dabei soll eine zeitgemäße und zielgruppengerechte Methode gewählt werden, z.B. per Online-Umfrage und Social Media. Auch hier ist eine Absprache mit bzw. Konsultation von bereits bestehenden Gremien, Strukturen und Interessenverbindungen von Kindern und Jugendlichen anzustreben.

Begründung:

Eine stärkere und auch institutionell verankerte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der politischen Diskussion und Entscheidungsfindung ist nicht nur aus demokratischer Sicht wünschenswert, sondern angesichts einer wieder viel stärkeren Politisierung junger Menschen auch gefordert und geboten. Bei vielen Entscheidungen auch vor Ort werden Weichen für die nächsten Jahre, manchmal Jahrzehnte gestellt. Junge Menschen sollten dabei ebenso selbstverständlich mitreden dürfen und gehört werden wie alle anderen. Da sie leider immer noch kein Wahlrecht bei Kommunalwahlen haben, erscheint die Einrichtung eines Jugendparlamentes oder -beirats als geeignetes Mittel für ihre Beteiligung am politischen Prozess. Bereits bestehende Strukturen können

dabei idealerweise mit eingebunden werden und so für eine breitere Beteiligung, aber auch für eine Verstetigung und Verlässlichkeit von Strukturen sorgen.

Voraussetzung für ein solches Gremium, sei es nun ein gewähltes Parlament oder ein ernannter Beirat, ist ein ausreichend großer Bedarf bzw. eine ausreichend große Bereitschaft zum Engagement bei den Kindern und Jugendlichen selbst. Dies sollte durch die Stadt abgefragt werden, natürlich auf Wegen und Kanälen, auf denen die Zielgruppen auch effektiv erreicht werden. Eine Online-Umfrage z.B. auf Instagram ist dabei sicher wirkungsvoller als z.B. ein Zeitungsartikel. Solche Abfragen hat es in der Vergangenheit wohl schon gegeben, z.T. mit eher ernüchternden Ergebnissen. Aber angesichts einer wieder viel stärkeren Politisierung von Kindern und Jugendlichen (siehe z.B. Fridays for Future oder die Protestbewegung um Urheber- und Leistungsschutzrecht – Stichworte „Artikel 13“ und „Save your Internet“¹) ist es an der Zeit, dieses Interesse erneut abzufragen, statt sich auf jahrealte Ergebnisse zu beziehen.



Annette Reineke-Westphal
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen Idstein

¹ vgl. <https://www.netzwelt.de/politik/artikel-13/index.html>